



# HESSISCHER LANDTAG

21. 09. 2010

*Zur Behandlung im Plenum  
vorgesehen*

## **Entschließungsantrag der Fraktion der SPD**

### **betreffend verstärkte Erdkabelnutzung beim Netzausbau**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass insbesondere der Ausbau der Off-Shore-Windkraft einen Ausbau der deutschen Stromnetze erforderlich macht, der für dezentrale Anlagen der erneuerbaren Energien nicht in diesem Umfang erforderlich wäre.
2. Der Landtag stellt fest, dass das Energieleitungsausbaugesetz (EnLAG) für den Streckenabschnitt Wahle-Mecklar die Erprobung der Erdverkabelung als Pilotstrecke ermöglicht. Damit kann Teilerdverkabelung in Siedlungsnähe beantragt und genehmigt werden. Den Übertragungsnetzbetreibern stehen damit ausreichende Möglichkeiten zur Verfügung, um mindestens Wohnbereiche bei unvermeidbaren Trassenannäherungen von Belastungen durch Freileitungen frei zu halten und Erdkabel zu errichten.
3. Der Landtag fordert die Übertragungsnetzbetreiber auf:
  - anzuerkennen, dass der dringend erforderliche beschleunigte Netzausbau nur ohne Verzögerungen umgesetzt werden kann, wenn die Übertragungsnetzbetreiber die Betroffenheit der Bevölkerung ernst nehmen und bereits im Vorfeld schon auf Widerstände eingehen,
  - die im EnLAG geschaffenen Möglichkeiten zur Teilerdverkabelung in den Anträgen auszuschöpfen und Erdverkabelungen zu beantragen,
  - die im EnLAG vorgesehene Kostenübernahme für Erdverkabelung durch die Bundesnetzagentur auszuschöpfen,
  - die Anträge in den Planfeststellungs- und Raumordnungsverfahren nach diesen Vorgaben zu er- und überarbeiten.
4. Der Landtag erwartet,
  - dass die Genehmigungsbehörden des Landes in den Fällen der unvermeidbaren Siedlungsannäherungen nur die jeweils eingriffärmere Ausbautechnik genehmigen. Dies ist in aller Regel die Erdverkabelung,
  - dass alle rechtlichen Möglichkeiten ausgeschöpft werden, damit Erdverkabelung in allen sensiblen Bereichen zum Einsatz kommt.

#### **Begründung:**

Hessen ist als Transitland besonders betroffen, da der Ausbau der erneuerbaren Energien im Offshore Bereich der Nordsee die Durchleitung in die südlich gelegenen Ballungszentren Deutschlands bedingt.

Zur Konfliktminimierung zwischen Anrainern und Netzbetreibern sind die Abstandsbereiche zur Wohnbebauung im Innen- und im Außenbereich von Störungen freizuhalten. Ziel muss sein, die gesetzlichen Vorgaben für Erdverkabelung voll auszuschöpfen.

Wiesbaden, 21. September 2010

Der Fraktionsvorsitzende:  
**Schäfer-Gümbel**